

Nele Matz

Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge

**Völkervertragsrechtliche und institutionelle
Ansätze**

Means to Co-ordinate International Treaties

(English Summary)

 Springer

the language of science

Inhaltsübersicht

Teil I – Einführung und Grundlagen	1
Kapitel 1 – Die Notwendigkeit der Koordinierung völkerrechtlicher Verträge	1
Kapitel 2 – Funktion und Organisation völkerrechtlicher Verträge im Wandel	25
Teil II – Referenzgebiet	53
Kapitel 3 – Die Bedeutung der Vertragskonflikte im umweltvölkerrechtlichen Kontext: Ursachen und Konsequenzen	53
Kapitel 4 – Mehrfachregelungen und Konflikte im Verhältnis des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu Naturschutzabkommen	74
Kapitel 5 – Konflikte mit nicht primär naturschutzbezogenen umweltvölkerrechtlichen Verträgen	129
Kapitel 6 – Reaktionen auf die fehlende Kohärenz umweltvölkerrechtlicher Regelungen	187
Teil III – Völkervertragsrechtliche und institutionelle Ansätze der Koordinierung	233
Kapitel 7 – Die Koordinierung von Verträgen mit Hilfe des Völkervertragsrechts	233

Kapitel 8 – Die institutionelle Koordinierung völkerrechtlicher Verträge in <i>Global Governance</i>- Strukturen	340
Kapitel 9 – Die Koordinierung von Verträgen zwischen <i>Global Governance</i> und Völkervertragsrecht	375
Zusammenfassung	391
Summary: Means to Co-ordinate International Treaties	395
Literaturverzeichnis	399
Sachregister	419

Inhaltsverzeichnis

Teil I – Einführung und Grundlagen

Kapitel 1 – Die Notwendigkeit der Koordinierung völkerrechtlicher Verträge

- A) Einführung
- B) Konflikte zwischen völkerrechtlichen Verträgen
 - I. Die Kategorisierung völkerrechtlicher Vertragskonflikte..
 - 1. Echte Konflikte im Gegensatz zu Konflikten im weiteren Sinne
 - 2. Ansatz- und Programmkonflikte
 - 3. Zielkollisionen
 - 4. Pflichtenkollisionen
 - 5. Umsetzungs- und Durchführungskonflikte
 - 6. Politische Konflikte und das Prinzip der politischen Entscheidung
 - 7. Überlappungen von Regelungsbereichen ohne Konfliktpotenzial?
 - II. Die Natur völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen als Konfliktelement
 - III. Die Überschneidung der Kompetenzen internationaler Organisationen
 - IV. Konkurrenzen von Streitbeilegungsmechanismen
- C) Fazit

Kapitel 2 – Funktion und Organisation völkerrechtlicher Verträge im Wandel

- A) Vom bilateralen Austauschvertrag zum objektiven Regelungssystem
 - I. Rechtsetzende und rechtsgeschäftliche völkerrechtliche Verträge
 - II. Der Zusammenhang von rechtsetzenden Verträgen und Vertragskonflikten
- B) Die Rechtsfortbildungsfunktion heutiger Regelungsverträge...
- C) Die Organisation institutionalisierter Abkommen
 - I. Die Vertragsstaatenkonferenz

II. Das Sekretariat	42
III. Wissenschaftliche und technische Nebenorgane	43
D) Die Vergleichbarkeit institutionalisierter völkerrechtlicher Verträge mit internationalen Organisationen	45
E) Fazit	49

Teil II – Referenzgebiet 53

Kapitel 3 – Die Bedeutung der Vertragskonflikte im umweltvölkerrechtlichen Kontext: Ursachen und Konsequenzen 53

A) Hintergründe umweltvölkerrechtlicher Vertragskonflikte	53
B) Ökologische Interdependenzen als Ursache gesteigerten Konfliktpotenzials im Umweltvölkerrecht	55
C) Entwicklungslinien im Umweltvölkerrecht und ihre Auswirkungen auf Vertragskonflikte	58
I. Die Erhöhung des Konfliktrisikos durch jüngere Entwicklungen im Umweltvölkerrecht	59
1. Die Ausweitung des Schutzzumfanges und Regelungsgehalts von Umweltabkommen	59
2. Die zunehmend detaillierte Ausgestaltung von Abkommen	62
3. Die Vorbereitungszeit von Umweltverträgen	64
II. Die mögliche Verminderung des Konfliktrisikos durch umweltvölkerrechtliche Tendenzen	66
1. Integrierter Umweltschutz	66
2. Die Verankerung eines ökozentrischen Ansatzes	69
D) Fazit	71

Kapitel 4 – Mehrfachregelungen und Konflikte im Verhältnis des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu Naturschutzabkommen 74

A) Einführung in die Grundlagen der Konflikte zwischen Naturschutzabkommen	74
B) Schutzziele und Standards von Artenschutzabkommen	76
I. Die Motive und Inhalte früher internationaler Artenschutzabkommen	77
II. Der Wandel des Schutzansatzes von Artenschutzabkommen nach dem zweiten Weltkrieg	80
C) Der Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen	83

I.	Regionale völkerrechtliche Verträge zum Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen	84
II.	Globale gebietsbezogene Naturschutzabkommen	89
D)	Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt: das umfassende Schutzkonzept	92
I.	Kurze Entstehungsgeschichte des Übereinkommens	92
II.	Regelungsbereich und Schutzzumfang des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	93
1.	Die Definition biologischer Vielfalt als Grundlage eines weit gefassten Regelungsbereichs	93
2.	Die Reichweite des Übereinkommens im Hinblick auf sozioökonomische Faktoren	96
III.	Ansatz und Mittel zum Schutz biologischer Vielfalt	98
1.	Ein Schwerpunkt der Schutzmaßnahmen: der Erhalt <i>in situ</i>	98
2.	Die nachhaltige Nutzung als Anreiz für den Schutz biologischer Vielfalt	100
E)	Überschneidungen und Konflikte im internationalen Naturschutzrecht	103
I.	Die Schutzgegenstände von Naturschutzabkommen: Basis für Übereinstimmung oder Konflikt?	103
II.	Eine Kategorisierung von Naturschutzabkommen nach Schutzbereichen und Schutzansätzen	104
III.	Die fehlende Kompetenzabstimmung im Naturschutzrecht als Konfliktgrundlage	107
1.	Negative Auswirkungen der Mehrfachregelung von Sachverhalten	107
2.	Die Überschneidung von Verträgen mit unterschiedlich weit gefassten Schutzbereichen	110
a)	Grundzüge der Ergänzungsmöglichkeiten unterschiedlich weit reichender Naturschutzverträge	110
b)	Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt als mögliches „Dachabkommen“ der Naturschutzverträge	112
3.	Besonderheiten der Überschneidung globaler und regionaler Abkommen	114
IV.	Mögliche inhaltliche Konfliktfelder im Naturschutzrecht...	116
1.	Das Spannungsfeld von Schutz und Nutzung biologischer Vielfalt	117
2.	Der Erhalt biologischer Vielfalt in verschiedenen Regelungsansätzen	123
F)	Fazit	126

Kapitel 5 – Konflikte mit nicht primär naturschutzbezogenen umweltvölkerrechtlichen

Verträgen	129
A) Berührungspunkte zwischen verschiedenen umweltvölkerrechtlichen Verträgen: Einführung	129
B) Der Schutz biologischer Vielfalt und seerechtliche Bestimmungen zu Erhalt und Nutzung von Ressourcen	132
I. Die Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens zum Schutz lebender und genetischer Meeresressourcen	134
II. Der Schutz- und Bewirtschaftungsansatz von Fischereiabkommen	138
III. Besonderheiten des Schutzes biologischer Vielfalt der Meere nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt	141
IV. Konfliktbereiche im Verhältnis des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu den Regelungen des Seerechts	143
V. Fazit	148
C) Klimaschutz und biologische Vielfalt	149
I. Die tatsächliche und rechtliche Verknüpfung von Klimawandel und biologischer Vielfalt	150
1. Der faktische Zusammenhang von Klimaänderungen und biologischer Vielfalt	150
2. Der rechtliche Kontext von Klimawandel und biologischer Vielfalt	152
II. Inhalt und Ziele des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen und des Protokolls von Kyoto	154
III. Biologische Senken und ihre Anrechnung nach dem Kyoto Protokoll	158
1. Der Begriff der Senke im Sinne der Klimaschutzinstrumente	158
2. Die Anrechenbarkeit von Senken auf Reduktionsziele....	161
IV. Die Konfliktpotenziale zwischen dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und dem Protokoll von Kyoto hinsichtlich der Senkenbildung	163
1. Der mögliche Anreiz zur Zerstörung von Waldökosystemen: ein Implementierungskonflikt	164
2. Die Verschärfung des Konflikts durch den <i>Clean-Development-Mechanismus</i>	169
V. Fazit	171

D) Die Bekämpfung der Wüstenbildung und der Erhalt biologischer Vielfalt	172
I. Das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung: Entstehung und Regelungsgehalt	172
1. Die Entstehung des Übereinkommens	172
2. Ursachen und Folgen der Wüstenbildung	174
3. Die Regelungsansätze des Übereinkommens über die Wüstenbildung	176
4. Die tatsächliche Verknüpfung von Wüstenbildung, Klimaänderung und dem Verlust biologischer Vielfalt	178
5. Die rechtliche Verknüpfung von Wüstenbildung, Klimaänderung und biologischer Vielfalt	179
II. Konfliktpotenzial im Bereich der Regeneration bedrohter Gebiete	180
III. Fazit	183
E) Bewertung des Verhältnisses des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu anderen Umweltabkommen	184

Kapitel 6 – Reaktionen auf die fehlende Kohärenz umweltvölkerrechtlicher Regelungen	187
A) Vertragliche Konkurrenzklauseln im Umweltvölkerrecht	188
I. Artikel 22 CBD	190
II. Schwierigkeiten bei der Auslegung des Artikel 22 CBD	191
B) Zwischenvertragliche Kooperationsmechanismen im Umweltvölkerrecht	194
I. Kooperation im Umweltvölkerrecht	194
II. Die Kooperation umweltvölkerrechtlicher Vertragsorgane...	196
1. Hintergründe zwischenvertraglicher Zusammenarbeit....	196
2. Vertragliche Grundlagen der Kooperation des Übereinkommens über die biologische Vielfalt mit anderen Verträgen	198
III. Allgemeine Grundlagen eines Informationsaustauschs zwischen umweltvölkerrechtlichen Vertragsorganen	200
IV. Memoranda der Zusammenarbeit, Aktionspläne und gemeinsame Arbeitsgruppen	203
V. Die besonderen Erscheinungsformen der Kooperation biovielfaltbezogener Verträge	207
VI. Die fehlende Verwirklichung von Synergieeffekten im Naturschutzrecht	208
VII. Fazit	210

C) Die Koordinierungsaktivitäten internationaler Organisationen mit Umweltbezug	211
I. Einführung	211
II. Die Kooperations- und Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen	213
1. Die Entscheidungen der Generalversammlung zur Koordinierung des Umweltvölkerrechts	214
2. Weitere UN-Institutionen mit Umweltbezug	216
D) Die Koordinierungsaktivitäten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	220
I. Das Mandat UNEPs zur Koordinierung umweltvölkerrechtlicher Verträge	220
II. Konkrete Aktivitäten UNEPs im Bereich der Koordinierung umweltvölkerrechtlicher Abkommen	224
1. Die Koordinierung der Sekretariate	225
2. UNEPs Aktivitäten im Bereich <i>Environmental Governance</i>	227
3. Die Koordinierung von biovielfaltbezogenen Abkommen durch UNEP	229
E) Fazit	230

Teil III – Völkervertragsrechtliche und institutionelle Ansätze der Koordinierung 233

Kapitel 7 – Die Koordinierung von Verträgen mit Hilfe des Völkervertragsrechts 233

A) Grundlagen der völkervertragsrechtlichen Konfliktlösung	233
I. Ziel und Zweck völkervertragsrechtlicher Derogationsregeln	235
II. Allgemeine Normenhierarchien im Völkerrecht	238
III. Die Bedeutung des <i>ins cogens</i> im Gefüge des Völkervertragsrechts	244
IV. Die mögliche Vorrangigkeit der Charta der Vereinten Nationen als „Weltverfassung“	249
V. Die Anerkennung des Vorrangs objektiver Vertragsregime als Regelungen <i>erga omnes</i>	255
VI. Fazit	259
B) Vertragliche Kollisionsnormen	260
I. Konkurrenzklauseln in völkerrechtlichen Verträgen: Inhalte und Kategorisierung	261
1. Konkurrenzklauseln in zeitlicher Hinsicht	263

2. Konkurrenzbestimmungen in sachlicher Hinsicht	266
3. Qualifizierte Konkurrenzklauseln	267
4. Generelle Vorrangbestimmungen	268
5. Vorrangbestimmungen im Verhältnis von Mutterkonventionen und Protokollen	271
II. Die Geeignetheit vertraglicher Vorrangklauseln zur Koordinierung von Verträgen	272
C) Die Vertragsauslegung als Mittel zur Koordinierung von Verträgen	274
I. Einführung: die harmonisierende Vertragsauslegung	274
II. Grundlagen der Vertragsauslegung	276
1. Auslegungsbedarf und völkerrechtliche Regelung der Vertragsauslegung	276
2. Definition und Ansätze der Vertragsauslegung	279
3. Die Unterscheidung zwischen rechtsetzenden und rechtsgeschäftlichen Verträgen bei der Auslegung	282
III. Die Zuständigkeit zur Vertragsauslegung	285
IV. Die Auslegungsregeln der Wiener Vertragsrechtskonvention	288
1. Die Grundregel des Artikel 31, Abs. 1 WVK	288
2. Artikel 31, Abs. 2 WVK: Der Kontext	292
3. Spätere Übereinkünfte, Staatenpraxis und Völkerrechtssätze: Artikel 31, Abs. 3 WVK	293
a) Die Berücksichtigung späterer Übereinkünfte: eine „authentische“ Auslegung von Vertragstexten	293
b) Die Staatenpraxis	297
c) Die Berücksichtigung von Völkerrechtssätzen: Ansatzpunkt für eine dynamische Vertragsauslegung	299
4. Ergänzende Auslegungsmittel nach Artikel 32 WVK	303
5. Artikel 33 WVK	304
V. Nicht kodifizierte Auslegungsregeln und ihre Bedeutung für die koordinierende Vertragsauslegung	306
VI. Die an übergeordnetem Recht orientierte Auslegung	307
VII. Fazit	309
D) Die Bestimmungen der Wiener Vertragsrechtskonvention zur Konfliktlösung	312
I. Artikel 30 Wiener Vertragsrechtskonvention	313
1. Reichweite und Funktion des Artikel 30 WVK	316
2. Wann sind zwei Verträge gleichen Gegenstandes im Sinne des Artikel 30 WVK?	318
3. Mögliche Rückschlüsse aus der Verhandlungsgeschichte des Artikel 30 WVK	324

4. Fazit	326
II. Artikel 60 Wiener Vertragsrechtskonvention	327
E) <i>Lex posterior</i> und <i>lex specialis</i> im Völkergewohnheitsrecht	329
I. Der Zeitfaktor als Vorrangsregelung: <i>Lex posterior</i>	329
II. Spezialität von Verträgen	333
F) Die Geeignetheit völkervertragsrechtlicher Instrumente zur Koordinierung von Verträgen: Fazit	336

Kapitel 8 – Die institutionelle Koordinierung völkerrechtlicher Verträge in <i>Global Governance</i>-Strukturen	340
A) Institutionelle und rechtliche Implikationen kooperativer <i>Governance</i> -Strukturen	341
I. <i>Global Governance</i> -. Einführung	341
1. Begriffsbestimmungen	343
2. Das Entstehen einer <i>Global Governance</i> -Ordnung	345
3. Kooperation als Grundlage von <i>Global Governance</i> und Völkerrecht	347
II. Internationale Institutionen als Bestandteile von <i>Global Governance</i>	352
1. Die Bedeutung internationaler Institutionen für <i>Global Governance</i> -Strukturen	352
2. Internationale Organisationen als <i>Global Governance</i> -Institutionen	354
3. Regimebildung zwischen Politik und Völkerrecht	358
a) Völkerrechtliche Verträge als normative und institutionelle Bestandteile von <i>Governance</i>	358
b) Regime und völkerrechtliche Verträge: Begriffsbestimmungen	359
c) Regime als <i>Global Governance-Institutionen</i>	363
B) Grundlagen und Strukturen institutioneller Zusammenarbeit zur Koordinierung von Verträgen	365
I. Kooperationspflichten und Störungsverbote zwischen internationalen Institutionen	365
II. Institutionelle Foren zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge	367
1. Die Ausgestaltung zwischeninstitutioneller Foren	368
2. Die Einbindung der Vertragskoordinierung in übergeordnete Institutionen	370
C) Fazit	372

**Kapitel 9 – Die Koordinierung von Verträgen
zwischen *Global Governance* und**

Völkervertragsrecht	375
A) Regimebildung als Forum für die Koordinierung völkerrechtlicher Verträge	376
I. Regime als Verklammerung völkerrechtlicher Verträge	376
1. Die thematische Weite von Vertragsgruppen	377
2. Grundlage und Kompetenzen institutionalisierter Vertragsgruppen	380
II. Die Rolle der Vertragsstaatenkonferenzen als Bestandteil von „Dach-Regimen“	384
B) Die zukünftige Rolle des Völkervertragsrechts	385
C) Schlussfolgerungen und Ausblick	387
Zusammenfassung	391
Summary: Means to Co-ordinate International	
Treaties	395
Literaturverzeichnis	399
Sachregister	419